

Deutsche Pastorin in Südjütland: „Es ist absurd, bei der Predigt überwacht zu werden“

Christa Hansen ist eine deutsche Pastorin in Hadersleben und ist erschüttert über den von der Regierung angekündigten Gesetzentwurf zur Übersetzung von fremdsprachigen Predigten, der auch die deutschen Gemeinden in Südjütland betreffen wird. Die Zeitschrift Grænsen hat die deutsche Gemeinde der Herzog-Hans-Kirche in Hadersleben besucht.

Merlin Christophersen, Magasinet Grænsen Nr. 1, Februar 2021

„Sie können zum Gottesdienst kommen, aber sonst können Sie nichts tun“, sagt Christa Hansen. „Besser als gar nichts“ lautet es von einer älteren Dame, die sich gerade auf eine der Kirchenbänke gesetzt hat.

Die 62-jährige Christa Hansen, deutsche Pastorin der Domgemeinde Hadersleben, steht vor dem Altar und unterhält sich mit den Kirchgängern, die in der Herzog-Hans-Kirche in Hadersleben ankommen. Es ist Sonntag, der 10. Januar, 9:45 Uhr, und der erste Gottesdienst des Jahres fängt bald an.

Obwohl der Ton entspannt ist, ist der Hintergrund der Ermahnungen der Pastorin vom Altar durchaus ernst. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden in Dänemark seit dem 23. Dezember alle Gottesdienste eingestellt, und der bevorstehende Gottesdienst unterliegt strengen Einschränkungen. Der gesamte Gottesdienst darf maximal eine halbe Stunde dauern, es gibt durch Abstandsregeln nur begrenzt Plätze, und die elf anwesenden Gemeindemitglieder dürfen weder laut singen noch beten.

Zu den wenigen Kirchgängern gehört auch Marianne Christiansen, Bischöfin der Diözese Hadersleben. Sie besucht regelmäßig deutsche Gottesdienste. Diesen Sonntag auch, weil ihr Sohn einer der beiden Kirchensänger ist, die in der Kirche singen.

In Luthers eigener Sprache

In der Kirche findet ein leises Gespräch zwischen den Kirchgängern auf Dänisch, Deutsch und Südjütländisch statt, den Alltagssprachen in diesem deutschen Teil der Gemeinde. Sie besteht aus Angehörigen der deutschen Minderheit, Deutschen, die in und um Hadersleben wohnen, und anderen, die gerne das Wort Gottes in Luthers eigener Sprache gepredigt hören. In jüngster Zeit wurden jedoch Zweifel laut, ob deutsche Gemeinden in Dänemark künftig Deutsch als Kirchensprache beibehalten können, ohne dass es zu weiteren Einschränkungen kommt, als die Pandemie bereits verursacht hat.

Im Herbst 2020 kündigte die dänische Regierung einen neuen Gesetzentwurf an, wonach alle Predigten in einer anderen Sprache als Dänisch künftig in dänischer Übersetzung verfügbar sein müssen. Dies soll radikalisierte islamistische Hassprediger treffen, aber es wird auch alle nicht dänischsprachigen Gemeinden in Dänemark betreffen, einschließlich der Deutschen in Südjütland, schätzen mehrere Experten.

Der Vorschlag der Regierung stieß bereits auf breite Kritik, auch von Christa Hansen, die sich in dänischen und insbesondere in deutschen Medien geäußert hat und den Vorschlag mit den Bedingungen in der ehemaligen DDR verglichen hat.

Die Zeitschrift Grænsen ist diesen Sonntag nach Südjütland gekommen, um am deutschen Gottesdienst teilzunehmen und Christa Hansen zu bitten, ihre Ansichten außerhalb der Kirche zu erläutern.

„Für mich soll man nach diesem Vorschlag überwacht werden, wenn man eine andere Sprache spricht. Wir sprechen Deutsch, die Muttersprache vieler in diesem Teil des Landes. Egal ob wir zur deutschen Minderheit gehören oder nicht, Deutsch ist die Sprache unserer Herzen. Die letztendliche Konsequenz ist eine staatliche Gedankenkontrolle wie in der ehemaligen DDR, wo auch Gottesdienste überwacht wurden. Das hatte schreckliche Konsequenzen und ist kein System, in dem ich leben möchte. Es ist absurd, bei der Predigt überwacht zu werden, egal welche Sprache man spricht“, sagt Christa Hansen, die selbst als Teil der deutschen Minderheit im westlichen Südjütland aufgewachsen ist.

Minderheitskirche unter Generalverdacht

In den vier südjütländischen Handelsstädten Sonderburg, Tondern, Apenrade und Hadersleben war es seit der Wiedervereinigung 1920 in der dänischen Nationalkirche möglich, an deutschen Gottesdiensten teilzunehmen. Darüber hinaus gibt es in Südjütland fünf deutsche Freikirchen.

Der deutsche Gottesdienst ähnelt weitgehend dem dänischen, aber es gibt gewisse Unterschiede. Auch in der Herzog-Hans-Kirche. An diesem Sonntag hätte die Gemeinde zum Gottesdienst unter normalen Umständen aus dem Evangelischen Gesangbuch gesungen, das mit einem Rollwagen verteilt wird, anstelle des dänischen Psalmbuchs, das wie in allen dänischen Kirchen in einem Bücherregal am Eingang steht. Und es gibt Gottesdienste, Lesungen, Gebete, Predigten, Abendmahl usw. auf Deutsch.

Das angekündigte Gesetz sei auch nicht für die deutschen Gemeinden bestimmt, versicherte der Sprecher für Kirchenangelegenheiten der Sozialdemokraten, Julie Skovsby, die auch Vorsitzende des Kirchausschusses des Parlaments ist. Im November betonte sie gegenüber der Zeitung der deutschen Minderheit, Der Nordschleswiger, dass es für die Sozialdemokraten wichtig sei, zu erklären, dass sie „keine aktuelle Radikalisierung in der deutschen Minderheit oder in ihren Aktivitäten in der Nationalkirche sieht“. Insbesondere diese Aussage empört Christa Hansen.

„Ich bin sprachlos. Wir schreiben das Jahr 2021, und wir sprechen seit Jahrzehnten über Frieden und Toleranz. Das Grenzland wird als Vorbildregion und Modell für andere Minderheiten auf der ganzen Welt hervorgehoben. Und dann spricht eine Kirchensprecherin der Regierungspartei, die sogar Vorsitzende des Kirchausschusses ist, über die Möglichkeit einer Radikalisierung in der Minderheit, was in der Formulierung „nicht aktuell“ liegt. Das belegt, dass sie keine Ahnung hat, wovon sie spricht. Es ist ein Generalverdacht gegen die Minderheit und der gesamten Grundlage für den Einsatz der Minderheit und unsere kirchliche Arbeit“, sagt Christa Hansen.

Hat die Regierung die Wiedervereinigung 2020 nicht verstanden?

Christa Hansen macht sich nicht wirklich Sorgen um ihre Gemeinde, da sie davon überzeugt ist, dass internationale Abkommen wie die Kopenhagen-Bonner Erklärungen von 1955 das Recht der deutschen Minderheit schützen, frei auf Deutsch zu predigen. Aber der Symbolwert des Vorschlags ist für sie eindeutig.

Christa Hansen wundert sich besonders darüber, dass die Regierung das Gesetz im Jahr 2020 angekündigt hat – dem Jahr, in dem anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedervereinigung ein besonders positiver Fokus auf die deutschen und dänischen Minderheiten im Grenzland gelegt wurde, dem deutsch-dänischen kulturellen Freundschaftsjahr und nicht zuletzt dem 100-jährigen Bestehen der deutschen und dänischen Minderheiten.

„Hat die Regierung überhaupt nicht verstanden, dass es im Jahr 2020 um Frieden und Toleranz geht? Im Grenzland sind wir stolz darauf, zusammen zu leben und einander zu akzeptieren. Der Wunsch,

uns als Minderheit zu überwachen, widerspricht nicht nur den Vereinbarungen, die nach der Wiedervereinigung 1920 und den Erklärungen von Kopenhagen-Bonn getroffen wurden. Es widerspricht auch dem dänischen Verständnis davon, was es heißt, eine Gesellschaft zu sein: Dass dies ein Platz für alle ist, Minderheiten wie auch Mehrheit, dass wir alle mit etwas beitragen können, und dass wir voneinander lernen können. Es ist beleidigend, dass wir als Bürger der Minderheit jetzt mit Hasspredigern in eine Schublade gesteckt werden“, sagt Christa Hansen.

Deutsch in der Kirche wird unterstützt

Laut Christa Hansen hätte uns 2020 auch an die Fehler der Geschichte erinnern können. Einer davon war die Köller-Ära, in der der Oberpräsident der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Ernst von Köller, zwischen 1898 und 1903 versuchte, die dänische Identität in Südjütland mit Maßnahmen wie Versammlungsverboten, Massendeportationen und dem Entzug von elterlichen Rechten zu unterdrücken.

„Dagegen hat sich die Bevölkerung gewehrt, und es endete damit, dass die Dänen in Südjütland erst recht erstarkten. Heute sind wir glücklicherweise darüber hinweggekommen, und auch der dänische Teil der Gemeinde unterstützt die deutsche Minderheit. Zum Beispiel haben die deutschen Repräsentanten bei den jüngsten Gemeinderatswahlen in Tondern, Apenrade und Hadersleben sehr gut abgeschnitten“, sagt Christa Hansen.

Die Uhr geht auf 10 Uhr zu, und der Gottesdienst kann beginnen. Vorher ergreift Christa Hansen noch das Wort. Sie informiert die Gemeinde über die angekündigte Gesetzesvorlage der Regierung und die mögliche Forderung, dass deutsche Predigten künftig ins Dänische übersetzt werden.

„So weit wird es nicht kommen“, beruhigt sie ihre Gemeinde, bevor die Gebetsglocken vom Kirchturm ertönen.

„Ich hoffe, dass die Regierung angesichts der vorgebrachten Kritik jetzt klüger geworden ist, so dass es überhaupt keine Gesetzesvorlage mehr geben wird, und dass sie andere Wege findet, um das Problem des Extremismus zu lösen“, erklärt sie außerhalb der Kirche.